

Bezugspreis:
Mietelöhrl. 6 75 Mk. monatl. 2 25 Mk.
Freiend Haus vorwärtsgeh. Einzelne
Kummern 10 Pfennig.
Kontinuität 2 25 Mk. exkl. Zustellungs-
gebühren.
Unter Druckhand für Deutsch-
land u. Österreich-Ungarn 6 50 Mk.
für das übrige Ausland 8 50 Mk. bei
täglich einmaliger Zustellung 7 50 Mk.
Vollbestellungen nehmen an Däne-
mark, Holland, Luxemburg, Schweden
und die Schweiz.
Eingetragen in die
Boll- (etwas) -Verzeichnis.
Der „Vorwärts“ erscheint wochentlich
jeweils Sonntag, stumm.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 15190-15197.

Donnerstag, den 27. Februar 1919.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 11753-54.

Anzeigenpreis:
Die abgedruckte Konvaleszenz
lehrt W. Hg. „Kleine Anzeigen“,
das ist gedruckt Wort 10 Hg.
3 fettgedruckte Worte, jedes weitere
Wort 10 Hg.
Stellenangebote und
Schlüsselanzeigen das erste Wort
20 Hg., jedes weitere Wort 15 Hg.
Worte über 15 Buchstaben zahlen für
jeweils 20 Hg.
Zerlegungsbücher 70%,
Familien-Anzeigen, politische
und gesellschaftliche Berichte - Anzeigen
20 Hg. die Zeile.
Anzeigen für die
nächste Nummer müssen bis 5 Uhr
nachmittags am Hauptgeschäft, Berlin
SW. 68, Lindenstraße 3, abgegeben
werden.
Schließen von 1 Uhr früh bis
6 Uhr abends.

Entente-Bündnis mit der Ukraine.

Entente gegen Sowjet-Rußland.

Die Ukraine als Verbündeter anerkannt.

Eine Tatsache von weltpolitischer Bedeutung meldet die
Ukrainische Telegraphenagentur in Lausanne: den Abschluß
eines Abkommens zwischen der Entente und der Ukraine mit
einer scharfen Spitze gegen das bolschewistische Rußland. Das
Abkommen enthält folgende Punkte:

- 1. Die unbedingte Anerkennung der Souveränität der ukrainischen
Republik und aller östlich des Don gelegenen Gebiete, die von
Ukrainern bewohnt werden.
2. Teilnahme der Ukraine an der Friedenskonferenz als
affiliierter Staat der Entente.
3. Bis zur Einberufung der Nationalversammlung bleibt das
Direktorium die oberste Gewalt.
4. Freie Gewährung ukrainischer Missionen im
Ausland.
5. Garantie für die republikanische Staatsform
gegenüber allen Verschwörungen.
6. Wiederherstellung der Kriegs- und Handelsflotte auf dem
Schwarzen Meer.
7. Garantie der Interessen der ukrainischen Kolonien
in Zentral- und Südrussland.
8. Die Verteilung der Kosten für den Krieg gegen die Bolsche-
wisten erfolgt unter den Verbündeten.
9. Die Entente liefert sämtliches Material und wird für die
Besserung des ukrainischen Kurdes auf dem Weltmarkt sorgen.
10. Das Oberkommando über die Operationen wie die Kon-
trolle über die Eisenbahnen bleiben auf ukrainischem Gebiet in den
Händen der Ukrainer.
Über diesen Gegenstand wird mit französis-
chen technischen Spezialisten ein Spezialabkommen getroffen werden,
das über die Lieferung von technischem Material seitens der Entente
Bestimmungen enthalten soll.
Die definitive Form des Abkommens und der Klauseln wird
von einer von beiden Parteien bestimmten Spezialkommission fest-
gelegt.

Die Ukraine wird damit in die Rechte Rußlands als
alliiertes Staat wieder eingelegt, aber das Bündnis richtet
sich nicht mehr gegen Deutschland, sondern gegen Nordrußland,
das von der Entente abgefallen ist. Das Ziel ist offenbar
die Wiederherstellung eines ententefreundlichen Gesamt-
rußlands, das Mittel zu diesem Zweck ist der Kampf gegen
den Bolschewismus.

Der Interventionsgedanke, den die Ententesozialisten
entschieden bekämpfen, wird hier verwirklicht, und zwar in
einer Form, die Erfolg verspricht. Die Entente beliefert über
das Schwarze Meer der das ukrainische Bierjarmilionsvolk
mit dem überflüssigen Kriegsmaterial, das ihr reichlich zur
Verfügung steht, und verleiht ihm damit ein Übergewicht
über Nordrußland, das isoliert und völlig verarmt ist. So
kann das Abkommen den Beginn einer völligen Wendung im
Osten bedeuten.

Zu gleicher Zeit meldet ein Funkpruch aus Moskau, daß
alle Ententetruppen aus der Ukraine nach
Sibirien abtransportiert worden seien. Ob diese
Wendung nur zur Beeinflussung der öffentlichen Meinung in
Nordrußland dienen soll oder ob sie den Taktiken entspricht,
steht dahin. Das von der „Ukrainischen Telegraphenagentur“
gemeldete Abkommen steht übrigens nur eine Unterstützung
mit Material, nicht aber eine solche mit Mannschaften vor.

Die militärischen Bedingungen
des Vorfriedens.

Amsterdam, 27. Februar. (Meldung der Tele-
graphen-Kompagnie) Eine Pariser Meldung des „Daily
Express“ macht Mitteilungen über die Bedingungen, unter
denen der endgültige Waffenstillstand und der
Vorfrieden zwischen den Alliierten und Deutschland zu-
standekommen soll. Danach wird das deutsche Heer nicht stär-
ker als dreihunderttausend Mann mit fünf Pro-
zent Berufsoffizieren sein dürfen und nur aus
fünftausend Infanterie- und fünf Kavalleriedivisionen bestehen.
Ferner werden die Alliierten die Schleifung der deut-
schen Rüstungswerke verlangen und eine Beschrän-
kung des Waffen- und Munitionsbestandes, sowie ein Ver-
bot der Anwendung von Giftgasen fordern.

Das Blatt will ferner wissen, daß sich die englische Re-
gierung der Beibehaltung der allgemeinen Wehr-
pflicht in Deutschland auf das entschiedenste wider-
setzen wird.

Rückzug der französischen Truppen hinter
den Rhein.

(Genaue Meldung des „Vorwärts“) Es bestätigt sich,
daß die Franzosen nach dem Verlassen und dem
Rückzug hinter den Rhein angetreten haben.
Es liegt bisher keinerlei Anhalt dafür vor, daß diese Zurück-
ziehung auf Meuterei bei den französischen Truppen zu-
rückgeführt werden könnte. Die Waffenstillstandskommission
hat bei der Obersten Heeresleitung der Alliierten angefragt,
welche Gründe für die Zurückziehung der Truppen vor-
liegen haben.

Was wird aus den Tirpitz-Kähnen?
Kopfschmerzen im englischen Oberhause.

London, 27. Februar. Im Oberhause lenkte Lord Jellicoe
die Aufmerksamkeit auf die Zeitungsbekanntmachung, wonach die Pariser
Konferenz in Betracht zieht, daß alle deutschen Kriegsschiffe,
die sich kurzzeitig in britischem Gewässern in Scapa Flow befanden,
versenkt werden sollten, und fragte die Regierung, ob eine
Möglichkeit bestände, daß dieser Plan ausgeführt werde. Lord
Dillon antwortete im Namen der Regierung, diese Frage sei von
außerordentlichem Interesse, aber von beträchtlicher Schwie-
rigkeit. Der Plan einer Versenkung der deutschen Schiffe werde
nur ausgeführt werden, wenn die Vertreter der in Paris ver-
sammelten Völker einstimmig zu dem Schlusse kämen, daß diese
Entscheidung die Beste sei, die getroffen werden könnte; er könne
jedoch sagen, daß diese Schiffe in Zukunft niemals einen
Teil irgendeiner Flotte der Welt bilden und daß
sie niemals der Flotte irgendeiner Nation hinzugefügt werden
würden. Dies sei die Politik, an die die britische Regierung sich
durchaus gebunden fühle. Wenn diese Schiffe in Zukunft nicht
mehr als Kriegsschiffe gebraucht würden, so blieben nur drei Mög-
lichkeiten, über sie zu verfügen: 1. Sie könnten versenkt wer-
den. 2. Sie könnten abmontiert werden. 3. Sie könnten zum
öffentlichen Verkauf gestellt und an den Höchstbietenden
unter gewissen Bedingungen für ihren zukünftigen Gebrauch ver-
steigert werden. Es sei nichts weiter als eine wirtschaftliche Frage,
ob es sich bezahlt machen würde, diese Schiffe abzubauen und das
in ihnen enthaltene Material für andere Zwecke zu gebrauchen.
Die Bestimmung darüber liegt allein bei der Friedenskonfe-
renz.

Entspannung der englischen Arbeitskrise.

Amsterdam, 27. Februar. (Meldung der Telegraphen-Kom-
pagnie) Unter dem Druck der Streikbrochungen der eng-
lischen Bergarbeiter macht die englische Regierung die größten
Anstrengungen, den Ausbruch des Konflikts durch Kon-
zessionen an die Arbeiterschaft zu verhindern. Das von Lloyd
George eingeschickte Gesetz für die Regelung des Arbeitsverhält-
nisses in Bergbetrieben wurde auf die bringende Bitte des Minister-
präsidenten am Montag vom Unterhause in allen drei Lesungen
angenommen und das Gesetz hat bereits gestern die Zustimmung des
Oberhauses erhalten. Diese schnelle Arbeit hat Lloyd George in-
sofern einen Erfolg gebracht, als er die Bergarbeiter zu einer noch-
maligen Beratung über die Terminsetzung des
Streiks veranlaßt hat. Nach einer Unterredung zwischen dem
Ministerpräsidenten und dem Vorsitzenden des Vollzugsrats
der Bergarbeiter, Smith, sagte dieser zu, daß die Konferenz die
Frage des Streiktermins in Gemeinschaft mit den anderen großen
Verbänden noch einmal eingehend prüfen wird. Dadurch ist eine
gewisse Entspannung der kritischen Lage entstanden, und man
nimmt an, daß es dem energischen Eingreifen Lloyd Georges ge-
lungen ist, die Voraussetzungen für eine friedliche Lösung des
drohenden Konflikts zu schaffen.

Die Ostafrikaner in Rotterdam.

Rotterdam, 26. Februar. General v. Sellow-Sorbed
hatte die Freundlichkeit, dem Vertreter des V.V.V. eine Unter-
redung zu gewähren, in der er erklärte, daß er besonderen Wert
auf die Befriedung lege, daß die ihm und seinen Deuten
von den Engländern zuteil gewordene Behand-
lung, vor allem während der Heimfahrt, durch-
aus rücksichtsvoll und tatvoll war. Eine andere
Frage sei die, ob überhaupt eine Verhandlung als Selbsteingabe zu-
lässig war, da die Engländer in den Übergangsbedingungen die
„Evaluation“ der Ostafrikaner zugesagt hätten.

Der deutsch-afrikanische Staatssekretär des Reiches Dr. Otto
Bauer ist heute vormittag von Weimar mit sechs Sektionschefs
des Reichsministeriums des Reiches in Berlin ein-
getroffen. Die Verhandlungen mit dem Grafen Brock-
dorff-Rantzau haben heute mittag begonnen.

Zur Lage im Industriebezirk.

Von Landrichter Ernst Ruben-Offen.

Zum Verständnis der Lage im Industriebezirk ist
zwischen der wirtschaftspolitischen Strömung und der rein-
politischen Strömung zu unterscheiden. Bei der wirtschaftspoli-
tischen Strömung sind die Tendenzen der Bergarbeiter-
schaft, des Unternehmertums und der übrigen Bevölkerung zu
trennen, wobei, um das Bild nicht noch mehr zu verwirren,
die Sonderinteressen der rheinisch-westfälischen Allgemeinheit,
also z. B. wegen einer staatsrechtlichen Absonderung, wegen
des bloßen Strebens, jegliches Blutvergießen zu vermeiden,
nicht berücksichtigt werden sollen, sondern lediglich die Allge-
meininteressen des Reiches.

Hinsichtlich der Allgemeininteressen des Reiches wird
davon ausgegangen, daß eine Sozialisierung des
Vergahens auf das schnellste erfolgen muß,
insbesondere für die Frage der Aufbringung der für das Reich
erforderlichen Mittel. Eine nähere Begründung dieser
Boraussetzung, über die die weitesten Kreise der
Sachverständigen einig sind, kann hier nicht
erfolgen. Es mag nur mit Rücksicht auf die Verwirrung in
den Köpfen der Zeitungsleser, die von gewisser Seite be-
wogen genährt wird, kurz betont werden, daß Sozialisierung
nicht identisch ist mit Verstaatlichung, und daß es, wie gerade
die Ereignisse im Ruhrrevier gezeigt haben, ganz verschie-
dene Formen der Sozialisierung gibt.

Ferner wird davon ausgegangen und in folgendem
näher begründet werden, daß diese Sozialisierung auf
das schnellste erfolgen muß. Bis zum Zusammentritt des
ersten Reichstages kann nicht gewartet werden. Diese Tat-
sache kann nicht eindrucklich genug allen Männern, die an
verantwortungsvoller Stelle stehen und die Zustände nicht
persönlich genau kennen, wieder und wieder gepredigt
werden.

Die reinpolitische Strömung ist klar und einfach zu
erfassen. Sie geht von Politikern aus, die den kommunisti-
schen Staat um jeden Preis wünschen, auch um den
Preis einer dauernden Vernichtung unseres Wirtschafts-
lebens. Diese Kreise bezwecken die Sozialisierung, wie sie
allgemein verstanden wird, lediglich als Vorwand und Agi-
tationsmittel. Diese Strömungen sind in der Arbeiterschaft
selbst nicht vorhanden gewesen, sondern sind künstlich in einen
Teil der Arbeiterschaft hineingetragen worden. Man predigt
nicht, daß die Arbeiter von jetzt ab statt für das Unterneh-
mertum nur noch für die Volksgesamtheit arbeiten sollen,
sondern man predigt, daß sie für sich arbeiten werden.
Nicht weit davon entfernt ist das Interesse mancher Unter-
nehmerkreise, den Arbeitern Anteil z. B. bei der Abföhrung
der Regale zu gewähren, weil sie dadurch hoffen, gleichfalls
nicht ohne jede Entschädigung auszugehen. Das eine ist
ebenfalls gefährlich wie das andere.

Diese reinpolitische Strömung ist, wie die Erfahrungen
im Ruhrrevier gezeigt haben, durch noch so tiefgreifende
und noch so schnelle Sozialisierung nicht befriedigt. Sie
wollen lieber sterben, als unter einer Herrschaft von Nicht-
proletariern leben. Wären diese kommunistischen Ziele ohne
böllige Vernichtung unserer Kultur und unseres Wir-
tschaftslebens erreichbar, so ließe sich über diese Ziele reden.
Es ist jedoch nur eine Stimme darüber, daß dies nicht
erreichbar ist. Deshalb gibt es nur eine Soziali-
sierung unter peinlichster Aufrechterhal-
tung unserer Kultur und unserer Produk-
tion. Damit soll nicht ohne weiteres gesagt sein, daß diese
politische Strömung nur mit Waffengewalt beseitigt werden
kann. Im Gegenteil muß immer wieder betont werden, daß
eine durchgreifende militärische Operation im Ruhrrevier
voraussetzlich die Gruben zum Erlaufen bringt und damit
das vernichtet, was man erhalten will. Es muß vielmehr
den Interessen derjenigen Kreise Rechnung getragen werden,
auf die diese Politiker mit ihrer Verbeugung wirken könnten.
Dies sind die Kreise der Arbeiter, die in den Gewerkschaften
organisiert sind und zum großen Teil die Ideen des
Erfurter Programms vertreten. Trotz aller War-
nungen ist die Regierung bis Mitte Januar 1919 gegen-
über den Interessen dieser Kreise passiv geblieben. Dadurch
kam es, daß in der Januarbewegung die Führer der Ge-
werkschaften das Nest aus der Hand verloren hatten. Erst
durch die Proklamierung der Sozialisierung und die Durch-
führung der Demokratisierung, des parlamentarischen Sys-
tems in den Bergwerksunternehmungen, wurde dies an-
ders. Das Räteystem, wie es von dem Volkskommissar ein-
gerichtet wurde, wurde mit gewissen kleinen Abweichungen
durch die Verordnung vom 18. Januar 1919 legalisiert. Es

fehlt aber diesem Räteystem die Spitze in einem General-
geschäft. Dießem Mangel ist leider erst jetzt durch die Ein-
richtung der Bergarbeiterkammern abgeholfen worden. Die
sofortige Verklindigung des Arbeitskammergesetzes ist
unbedingte Notwendigkeit. Wäre schon Mitte Januar auf
diese Dinge eingegangen worden, so würde vielleicht die
jetzige Bewegung schon im Keim erstickt worden sein. In-
zwischen nämlich bildete sich als vorläufiger Ersatz die
Reuenerkommission zur Sozialisierung des Berg-
baues. Daß die drei Reichskommissare es nicht verstanden
haben, sich dieser Einrichtung geschickt zu bedienen, war ein
schwerer Fehler.

Daß die Reuenerkommission, die aus je drei Bergarbei-
tern jeder der drei sozialistischen Parteien bestehend, in dieser
Aufsammensetzung nicht förmlich anerkannt werden kann, war
für jeden Einsichtigen klar. Insbesondere waren die Ge-
werkschaften nicht ihrer Bedeutung nach darin ge-
nügend vertreten. So war unter den Bergarbeitern auch
nach Erlaß der Verordnung vom 18. Januar allgemeine Er-
bitterung darüber, daß dieser Reuenerkommission jede An-
erkennung fehle. Wie man die provisorischen Räte durch
die Ausschüsse ersetzte, so muß man die Reuenerkommission
durch die Bergarbeiterkammern ersetzen. Dies wird auf
die Dauer, falls die Arbeiterkammern geschickt geleitet wer-
den, den wirtschaftspolitischen Bedürfnissen der Bergarbeiter-
schaft genügen. Es hat sich gezeigt, daß man nach Durch-
führung der Verordnung vom 18. Januar den besonnenen
Teil der Bergarbeiterschaft wieder in die Hand bekam,
weil man ihm das Mißtrauen in die Regierung nehmen
konnte. Ob dies ein Verdienst der Regierung oder der Füh-
rer der Gewerkschaften war, steht allerdings auf einem an-
deren Blatte. Aber so erreichte man, und darauf kam es doch
nur an, daß bei der jetzigen Parole der radikalen Politiker
die Mehrheit nicht Gefolgschaft leistete. Warum aber „re-
giert“ die Regierung nicht? Gewalt auf der einen wie auf
der anderen Seite kann man kein Regieren nennen. Also
schleunigste Durchführung der Bergarbeiterkammern und
Sorge dafür, daß diese richtig arbeiten.

Bei der Erörterung der wirtschaftspolitischen Tendenzen
des Unternehmertums muß jede Diskussion mit denjenigen
Streifen, die auch noch heute durch kleinliche Rechtschaffenheit
verhüllt werden, ihren einschneidenden Einfluß zu behaupten, abge-
lehnt werden. Diese Tendenzen des Unternehmertums haben
ebenfalls Schulden an der jetzigen Lage wie die rein politischen Ten-
denzen der radikalen Parteien. Nachdem durch
die Einsetzung des Volkskommissars Ruhe und Ordnung ge-
schaffen worden war, ist sie durch das Verhalten dieser Unter-
nehmerkreise wieder gefährdet worden. Zu diskutieren ist nur
über die Tendenzen derjenigen Unternehmerrunde, die die so-
fortige Sozialisierung des Bergbaues als Notwendigkeit an-
erkennen und zu ihrem Teil daran mitarbeiten. Solange
noch der Besenverband unter dem einseitigen
Einfluß der erwähnten Kreise steht,
muß er vollständig ausgeschaltet werden. Es
ist nicht richtig, ihm dieselbe Anerkennung zu gewähren wie
den Bergarbeiterverbänden. Während diese Interessen der
Allgemeinheit mit wahrnehmen, widerspricht die Art, wie der
Besenverband geleitet wird, den Interessen der Allgemeinheit
auf das Schlimmste.

Wir stellen daher als Forderung auf: Schnellste und
reife Durchführung der Demokratisierung der Bergwerks-
unternehmungen, militärischer Schutz, soweit durch diese erste
Maßnahme nicht die Produktion dauernd gefährdet wird, eben-
so aber Schutz gegen diejenigen Unternehmer,
die sich dieser Demokratisierung entgegen-
setzen. Ohne erhebliche Personalveränderungen in den
bestehenden Stellen der Unternehmungen wird es dabei
schwerlich abgehen. Die Unternehmer bei der Einfüh-
rung und Beratung der Sozialisierung als gleichbe-
rechtigter Faktor neben den Arbeiterverbänden anzuerkennen,
ist nicht anständig, solange diejenigen Personen leitend blei-
ben, die bisher durch die Art ihrer Verhandlung die schwere

Erbitterung unter der Arbeitererschaft erzeugt haben. Auf diesen
Punkt muß gleichfalls dringlich hingewiesen werden, wenn man
wirklich die jetzige Lage im Industriebezirk verstehen und
ernsthaft daran gehen will, zu verhindern, daß wir noch ein-
mal jene Stunden erleben, wie sie uns der 21. Februar ge-
bracht hat.

Zum Schluß noch ein kurzes Wort von den wirtschafts-
politischen Interessen der Allgemeinheit. Es muß offen aus-
gesprochen werden, daß die Allgemeinheit bei der Frage der
Sozialisierung ein größeres Interesse als an der Demokrati-
sierung bei der Kohlenförderung an der Beseitigung der
reinen Privatwirtschaft bei dem Kohlenvertrieb hat.
Wenn auch diese Frage mit größerer Ruhe behandelt werden
kann, so ist sie doch unbedingt wichtiger. Gleichzeitig mit der
Nachricht von den Exzellenzen der Sportaffären bringen die
Zeitungen den Beschluß des Kohlenrats auf Verbeibaltung
der bisherigen Kohlenpreise. Allen Einsichtigen ist klar, daß
dies nicht noch auf längere Zeit geduldet werden kann. Hier
muß bald und energisch eingegriffen werden. Aus dem
Stadium der Projekte muß die Angelegenheit mindestens in
das Stadium des Beschlusses treten. Es müssen die
kapitalistischen Grundlagen insbesondere der Kohlenge-
sellschaften mindestens noch einmal authentisch festgelegt werden.
Ob schon nach dieser Richtung hin wirklich das Erforderliche
eingeleitet ist, ist noch immer eine offene Frage.

Eine Erklärung des Dr. Grafen Arco. Kein Unabhängiger.

Dr. Graf Arco schreibt uns:
Die Ermordung Kurt Eisners durch einen Angehörigen meiner
entfernten Familie veranlaßte die Erwählung meiner Person
und meiner politischen Parteilichkeit in Ihrer Abendausgabe vom
21. d. M. Darf ich Sie bitten, Ihre nicht ganz zutreffenden Mit-
teilungen durch die folgenden zu ergänzen:

Seit vielen Jahren trete ich in verschiedenen reformerischen
Vereinen und Bündeln auf Grund einer wissenschaftlich begründeten
Weltanschauung als Mitkämpfer für eine moderne Kulturpolitik
ein, im einzelnen für eine durchgreifende Erziehung des privaten
und öffentlichen Lebens und für eine Modernisierung der Schule
und Erziehung. Aus dieser Denkweise heraus bin ich auch ent-
schiedenem Kriegsgegner im Sinne des organi-
satorischen Sozialismus (Völkerverbund) und daher
Mitkämpfer aller hierin stehenden Bestrebungen. Da diese Politik
namentlich während des Krieges fast ausschließlich von den Führern
der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei vertreten wurde, so
führten uns diese gemeinschaftlichen Bestrebungen zusammen.
Aus diesen Beziehungen heraus wurde ich dann als Beigeordneter
in das Gesundheitsministerium berufen und leitete Folge in der Hoff-
nung, der Allgemeinheit beschriebene Dienste leisten zu können.
Nebenbei dieses Gebietes aber bestreite, soweit ich die Auffassung der
Partei beurteilen kann, sowohl in Einzelfragen wie in solchen grund-
sätzlicher Art Auffassungs- und Beurteilungsmattersache, so z. B.
in bezug auf gewisse wirtschaftliche Fragen und auf die bolsche-
wistische Bewegung, deren Ziele und Methoden ich gleichsam
für entwicklungsfeindlich und kulturfeindlich halte. Ich bin daher
weder der unabhängigen noch sonst einer anderen
Partei bisher beigetreten. Unter diesen Umständen kann
notwendig von einer Einflüchtung meines Namens auf die Parteipolitik
der Unabhängigen nicht die Rede sein.

Kein Landtag — keine Minister.

Dr. Wähler ist in München eingetroffen. Er hat den Posten
des Ministers des Reichs, den ihm der Zentralrat angeboten hat
abgelehnt, und zwar, wie die „N. P.“ meldet, mit der Be-
gründung, daß er ohne den Landtag nicht regieren zu
können glaube. Auch Professor Hoerster dürfte sich auf
seinen Fall bereithalten, von seinen bekannten demokrati-
schen Grundrissen, die er erst kürzlich in der „Münchener
Post“ stark betont hat, abzugehen. Dasselbe gilt von dem
dritten Kandidaten des Zentralrats Adolf Müller.

München hat in der Gleichberechtigung der Frauen einen guten
Schritt weiter getan, mögen die anderen Hochschulen diesem guten
Beispiel bald folgen. Und möge dies ein Anfang sein in der Moderni-
sierung unserer höchsten Bildungsinstitutionen in wahrhaft demo-
kratischem und sozialem Sinne, alle an sich zu leben ohne Ansehung
der Herkunft und des Geschlechts, die west sind, dem ganzen Volk
Kultur und Wissenschaft zu lehren.

Dr. med. Erwin Boehly.

An Kaspar Hauser: Ollé Kamellen.

Das Hauserische satirische Gedicht: „Ollé Ka-
mellen“, das wir neulich aus der „Weltbühne“ mit-
teilten, veranlaßt folgenden gereimten Widerspruch,
der seltenerweise, gleich dem ersten Kammes Rebe, ge-
hört und bedacht werden muß:

Wir kennen ihn alle, den jungen Bengel,
Den Leutnant (da war wohl kein einziger ein Engel):
„Menschel im Auge!“ „Schnedig“ im Ton! —
Jawiß, Herr Hauser, wir kennen ihn schon.
Doch, was der deutsche Leutnant verstand,
Das sagten Sie nicht: Er hat für sein Land!
Wierzig von Hundert fielen allein! —
Und das soll alles vergessen sein?

Wie wohl doch allen Gerechtigkeit scheiden?
Wohlt ihr nicht hier auch das Gute bedenken?
Wo das System die Schuld getragen,
Wohlt ihr da einzelne Menschen verzeihen?
Wierzig von Hundert fielen allein!
Wierzig von Hundert fielen allein! —
Und das soll alles vergessen sein?

Und das sei alles auf einmal vergessen?
Reiß hatten sie alle da vorn nicht zu essen!
Bei Gott, das sind auch keine Ollé Kamellen;
Gott lob, hatten wir viele solche „Gesellen“!
Dah der Mann das weiße getragen,
Wissen wir längst, ihr braucht's nicht zu sagen!
Woh? bei euch nicht auch Wölfe und Gese?
Wozu drum jetzt das Gefächsel und Geute?
Wozum soll damit sein Ende sein?
Warum nicht, vieles vergessen sein?

Oleth nicht alles, bei den heiligen Pfändern
Der Kreuz und Höl, wir wollen uns ändern!
Für immer, nicht nur in der Stunde der Not,
Sei Kameradschaft ein zwingend Gebot!
Das war gewiß noch niemals das Rechte:
Eine Hand wolle Herren und tolle Knechte!

Wird der Lindner wird „gefucht“.

Wie ein Korrespondent der „Voh. Ztg.“ aus München meldet,
ist der Polizeipräsident Steiner bereits vor einigen Tagen ange-
wiesen worden, gegen den Mann, der das Attentat auf Auer ver-
süßte, den Wegger Lindner, einen Haftbefehl zu erlassen. Dieser Haft-
befehl ist angefertigt worden und der Attentäter wird zurzeit ge-
sucht.

Als Lindner in München offen spazieren ging, in seiner
Wohnung in der Hehrstraße nächtigte und sich öffentlich mit seiner
Tat brühtete, wurde er nicht gefucht. Jetzt, wo er weg ist, „fucht“
man ihn. Was meint die „rote Fahne“ hierzu?

Die „Freiheit“ behauptet, wie hätten zu ihrer „Bestellung“,
daß unsere ganze Bevölkerung des Attentats auf Auer und die Land-
besetzung eine „gewissenlose Erfindung“ sei, geschwiegen. Wir
würden nicht schweigen, wenn wir in der „Freiheit“ auch nur eine
einzige Feststellung, d. h. eine Widerlegung unserer
tatsächlichen Angaben durch andere tatsächliche
Angaben finden könnten. Die ganze „Bestellung“ der „Frei-
heit“ war nichts als wüstenes Geschwätz. Sie hat auch nicht den
leisesten Versuch gemacht, irgendeine unserer positiven An-
gaben anders als mit Nebenbanten zu unterstützen.

Wir fragen die „Freiheit“: „Ist es eine „gewissenlose Erfin-
dung“, daß der Attentäter Lindner Mitglied des „revolu-
tionären Arbeiterrats“ ist? Ist es Erfindung, daß man
diesem Umstand der Öffentlichkeit verheimlichte, bis der „Vor-
wärts“ ihn ans Licht brachte? Ist es Erfindung, daß
Lindner nach der Tat in München frei herumgelaufen und sich damit
brühtete, ohne verhaftet zu werden? Ist es Erfin-
dung, daß noch am Sonnabend die „Leipziger Volkszeitung“ gegen
bestimmte Wissen behauptete, die Tat im Gendarmenhaus auf Konto
feudaler Offiziere? Ist es Erfindung, daß während der
Tat der kürzige „revolutionäre Arbeiterrat“ schwer bewaffnet die
Tribüne besetzt hielt? Ist es Erfindung, daß der Vorsitzende
Hagemeyer rief: „Das ist die Macht des Proletariats!“? Ist
es also Erfindung, daß der ganze „revolutionäre Arbeiterrat“ an
der Tat teilgenommen hat? u. s. w. g.

Harifiri!

Die „rote Fahne“ ist krank und dran, die Reiben ihrer An-
hänger zu sprengen. In einem Aufruf in der heutigen Nummer
warnt sie zunächst vor Putschversuchen und schreibt dann:

„Reihen müssen alle unfauberen Elemente aus der
Partei entfernt werden. Aber auch diejenigen in unseren Reihen,
die glauben, sich nicht unweiser Taktik anmaßen zu können, und
die fortgesetzt dagegen wählen, fordern wir auf, sich ein
anderes Tätigkeitsfeld zu suchen. Wir sind eine
Organisation revolutionärer Kommunisten, aber kein Sammelp-
lay für Elemente, die bisher kein Forum für ihre un-
klaren und konfuse Ideen, mögen sie noch so
revolutionär scheinen, finden konnten.“

Wir sind wirklich neugierig, wie viele Deutschen in der Kommu-
nistischen Partei übrig bleiben, wenn alle unfauberen Elemente und
unklaren und konfuse Köpfe hinausgeworfen werden.

Die erste Proklamierung der sozialdemokratischen Abgeordneten
zur preussischen Landtagswahl am 2. März, wie ursprünglich ange-
sehen, am 2. März, sondern, da der Einberufungstag der Landes-
parlament am einen Tag verschoben worden ist, am 3. März,
vormittags 10 Uhr, im Preussischen Abgeordnetenhaus Berlin,
Saal VIII, statt.

Die Lage der deutschen Kriegsgefangenen in Rumänien. Wie
aus zuverlässiger Quelle mitgeteilt wird, befinden sich von der
Armee Radensan seit Anfang November u. z. noch etwa 10 000
deutsche Soldaten, meist kranke oder invalide, auf den La-
gerten entlassene Mannschaften in rumänischer Kriegsgefangen-
schaft. Eine Verbindung mit ihren Angehörigen besteht noch
nicht. Es herrscht großer Mangel an Nahrung und Schutzwert. Ver-
sorgung und Unterhalt sind völlig unzureichend. Es ist notwendig,
daß sich unsere maßgebenden Stellen von der Freilassung dieser
Gefangenen bemühen und dafür sorgen, daß sie vor allem bis dahin
so weitlich wie möglich mit Lebensmittel unterstützt werden, damit
sie sich Lebensmittel kaufen können.

Ja, sagt das allen, nicht nur Offizieren!
Wir wollen und alle reorganisieren.
Als freie Deutsche, ihr Brüder, schlagt eine
und dann kann alles vergessen sein!
Martin Müller.

Lyrik von Meurer.

Durch einen Haal gesentem, eben qualitätlichen „Aufruf zum
Sozialismus“, den der Verbandsrat im Dezember in einer Mahn-
aufgabe verabschiedete, ist der Name des Dichters Kurt Erich Meurer
er in neuen Kreisen bekanntgeworden. Der letzte Jahrest wurde
er zuerst aufmerksamer genannt, ein Buch „Labyrinth“, der Großstadt
abgegeben, sorgte dafür. Im Festungsmuseum trug dieser
Lage Meurer Gedichte und bisher noch nicht an die
Oeffentlichkeit gelangten Büchern seiner Kunst vor: eins wird
heigen „Das einzige ist“, das andere „Der lebendige Kreis“. Aus
der Fülle einer sorglos reifen inneren Welt quillt die Welt
dieses Dichters. Ihr Leben ist ein weites, lebendes Weisheit der
Dinge. Seine Phantasien sind nicht irrische Erfindungen, die
aus engen Angewandten hervorgehen; sie haben ihre ausgeprägten,
aber zügelte Bewegung aus einem erhabenen Gedichten, das
schon im ersten Augenblicke ist. „Ad, wachselnde durch mein
Gedicht, wie durch bewegliche Schilde“. Mit einem weisesten Phän-
omen ist das alle nicht gemein. Er hat den Strom alles Da-
seins an seinen Ufern, in höchstem Anbruch und in sanften Wellen,
und er steigt über die Meeresschwelle des Lebens empore und schaut aus der
Höhe um so tiefer in die Wogen und Fluten und in um so aus-
gezeichnetem Umfassung:

Nach packt der großen Symphonien Reize
in ihrem donnernden Vorüberziehen,
Ich bin kein Knecht der tückischen Palette,
Die Welt ist weit. Wer kann sie übersehen?

Diese Verse sind in Form und Seele für Meurers Dichtertum
bezeichnend. Er lebt in der Form nicht auf den Wegen der Ab-
hängigkeit; sein Atem draußt die Schäre, die der Fernsichtungsgeist
pfeift geleitet. Die Seele aber schließt und spendet Gegenwart
in ihren leuchtenden Akten. Voll Klara, Farbe und immer
voll Kraft wird sie dichterischer Kunst im Anstrom des Großen wie
des Feinen, das menschlichem Erleben genügt ist.

Notizen.

— Kunst und G. A. Aldeutsche Orchester hat dazu geführt,
daß ein Orchester des Dichters-Orchesters in Berlin
durch Lärm gestört wurde. Sie verurteilte dem Orchester die Mit-
wirkung an der Feier zur Großlegung Liebenichts. Die Stuttgarter
Lärmer wurden aber zur Ruhe gebracht, als Dirigent Paul
Schneppflug dem Publikum erklärte, daß die Regierung
auf Befragen keine Antwortung darauf gebildet habe. Die Be-
gründung sei von der Auffassung ausgegangen, daß Kunst den G. A.
verdiene. Aldeutschen liegt also solche Auffassung durchaus nicht
nahe.

Nicht das Glück der Gewalt!

Von Julius Ferkel.

Sozialismus ist das neue Recht und die neue Pflicht. Die
Pflicht zum Recht.

Der Feind des Rechtes aber ist die Gewalt. Weil Sozialismus
das Recht ist, kann es nie die Gewalt sein.

Ein Vater verbot seinem Sohne, Sozialist zu sein. Und er
wollte gewiß das Glück seines Kindes. Der Sohn aber sagte:
Dein Zwang ist nicht das Recht. Wie sollte es mein Glück sein?
Ich aber habe — das erste Glied der Geburt — die Pflicht zum
Rechte. Ich muß darum Sozialist sein. Nun bin ich eurer Schule
entwachsen, eurer Schule Zwang: und gewalttätig zu begreifen.

Weil ich aber gegen das Glück der Gewaltfamkeit bin, bin ich
Sozialist. Und damit verliere ich keinen Vater.

Wir alle wollen das Glück der Gewaltfamkeit, der Vergangenheit,
verlassen und im Sozialismus die Freiheit des Glückes suchen und
bringen. Wehe, wenn wir uns zu tyrannisierenden Schulmeistern
oder Politikern des Sozialismus aufwerten wollten! Dann sind
wir keine Sozialisten mehr und unsere Kinder müßten uns die
Gewaltfamkeit verzeihen.

Der Sozialismus ist nicht der Trügelvater, der da sagt
Du nicht!

Der Sozialismus sagt: Wir werden, wir wollen!
Sollt er der wahre Vater der Zukunft.

Die erste deutsche Universitätsdozentin.

Echt die Revolution hat sie geschaffen, die erste Universitätsdozentin
in Deutschland. Dr. Adèle Hartmann ist in München — in
der vorläufigen Zeit — als Kautemlin zu den Vorlesungen
zugelassen worden!

Trotz aller Nebenbanten hatte es die bisherige „demokratische“
Universitätsverwaltung verhindert, daß der Aufstieg der Tüchtigen
bei den studierenden Frauen die schwindende Höhe des Universitäts-
lehrers erreichte. Und es ist bezeichnend, daß es die Medizinern
waren, die diese die weibliche Kollegen am längsten auf der Wai-
schicht hielten, die eine Veränderung dieses dänischen unmodernem Stand-
punktes auch vornehmen. Waren doch im unoffiziellen Lehr-
beruf Frauen hier schon längst & wärd. Assistentinnen nah es in
jeder Hinsicht, in den meisten Instituten der Arzney brachte sie hier
wie in allen anderen Berufen in den Vordergrund. In Berlin z. B.
war der Assistentin anwesende Assistent der Hautkrankheiten Frau
und sie ließ es sich nicht nehmen, an Stelle des verstorbenen Chefs
das Kolleg zu leiten! Und in einer inneren Klinik der Charité war
die erste weibliche medizinische Professorin auch als obd. Lehrerin zu
sehen. Doch nie offiziell! Man fand Frauen im Vorlesungs-
verzeichnisse nicht enthalten, denn die Dozentenschaft als solche war
„weiblich“.

Händler, Hausierer!
Schmierwaschmittel
 in 1/2, 3/4, 1 Liter, 2 Liter, 5 Liter, 10 Liter, 25 Liter, 50 Liter
 und in Gallonen.
 Das A. St. ist, feinstes Qualität, unerschöpflich in Gebrauch.
 Das A. St. ist, feinstes Qualität, unerschöpflich in Gebrauch.
 Das A. St. ist, feinstes Qualität, unerschöpflich in Gebrauch.

Bohrpaste
 Chem. Fab. Walter O. P. Schilsky G.m.b.H.
 Berlin-Schöneberg, Genslerstraße 6.
 am 1. Okt. 1919 u. 1920

Möbel-Angebot.
 Große Auswahl an Spezial- und in Spezialmaschinen
 hergestellten Möbeln, wie: Sofas, Stühle, Tische, etc.
 in großer und kleiner Auswahl, sehr preiswert.
 Chem. Fab. Walter O. P. Schilsky G.m.b.H.
 am 1. Okt. 1919 u. 1920

Die Einbürgerung des Gebäckens
 die Rettung Deutschlands.
 Ein Gebäck, das in Deutschland nicht mehr
 gebacken wird, ist ein Zeichen der
 Einbürgerung des Gebäckens.
 Chem. Fab. Walter O. P. Schilsky G.m.b.H.
 am 1. Okt. 1919 u. 1920

Ge schlechtstranke
 verlangen im eig. Interesse, nur für ein
 mal, keine Wiederholung.
 Spezialarzt Dr. med. Karl Reinhardt.
 Berlin, Schöneberg, Straße 117, im
 Gebäude des ehemaligen
 Reichsgerichts.

M.-G.-Scharfschützen
 und Scharfschützen
 sind durch die Abnahme von
 Munition und die
 Abnahme von Munition
 in großer Gefahr.
 Spezialarzt Dr. med. Karl Reinhardt.
 Berlin, Schöneberg, Straße 117, im
 Gebäude des ehemaligen
 Reichsgerichts.

Heinrich Reicher.
 Spezialarzt Dr. med. Karl Reinhardt.
 Berlin, Schöneberg, Straße 117, im
 Gebäude des ehemaligen
 Reichsgerichts.

Besen
 KREDIT
 AnALLE
 per Dutzend 1.20 RM.

Möbel-Misch
 Gr. Frankfurter
 Straße 45-46.

Stoffe
 Herren-Anzüge
 Damen-Kostüme
 Tuch-Lager
 Koch & Solland G.m.b.H.
 Gertelstraße 20-22.
 Verkauf von 9-12 Uhr.

Magen- und Nerven-
 Leidende
 verlangt gratis Prospekt
 von der
 Roland-Gesellschaft
 m. B. H.
 Fabrik chem. Produkte,
 Am Wall 104, Bremen.

Wer
 für sich selbst, der arbeitet
 im eigenen Interesse,
 verlangt gratis Prospekt
 von der
 Roland-Gesellschaft
 m. B. H.
 Fabrik chem. Produkte,
 Am Wall 104, Bremen.

Sofort melden
 Etatismäßige Kompagnie-Feldwebel
 M.-G.-Untereffiziere
 auch Waffenmeister
 M.-G.-Schützen
 für S. u. L. M.-G.
 Funker
 Eisenbahner
 Hufbesch., Schmiede
 Fußartilleristen
 Schreiber auch für
 Maschin.
 Fahrer für Artillerie
 u. Infanterie
 Handwerker jeder Art
 Pferdepfleger

Meldungs-
Hardenbergstraße 18
 nahe Bahnhof Zoolog. Garten

DEUTSCHE SCHUTZDIVISION
 81. aktive Inf.-Div. Abt. Lütwitz

Grenzschutz-Ost
 braucht sofort
 1. Freiwillige für Kommando-Kompagnien und
 2. Freiwillige für Grenzsicherungstruppen.
 3. Freiwillige für Grenzsicherungstruppen
 4. Freiwillige für Grenzsicherungstruppen

Fernsprecher, Funker
 (Funkertechnik) u. Blinker
 (Unteroffiziere und Mannschaften) für den Fernsprecher,
 Funker und Blinker in Grenzschutz und Umgebung gesucht.
 Möchte Bewerber mit 3-4 Jahren Erfahrung sein.
 Fernsprecher, Funker, Blinker, etc.

Eiserne Eskadron
 der Garde-Kavallerie-Schatzen-Division
 benötigt noch dringend für den
 Grenzschutz Ost
 I. gediente Handwerker, Schuhmacher,
 Schneider, Sattler, Beschlagschmied.
 II. gediente Kraftfahrer, Mechaniker und
 Schlosser zur Aufstellung einer Kraftwagen-
 Eskadron. Fahrer mit Führerschein
 3 u. 3. Klasse.
 Disziplinierte Truppe.
 Uniform und Militärpapiere miteigenen. Fahr-
 scheine werden von der nächsten Militär-
 dienststelle ausgestellt.
 Werbostelle Eiserne Eskadron
 Berlin-Wilmersdorf, Koberallee 1-12, Zimmer 14.

Freiwillige für M.-G.
 Die 3. Infanterie-Division stellt eine
 Freiwilligenkompanie auf.
 1. Infanterie-Division
 2. Infanterie-Division
 3. Infanterie-Division

Vorzügliche Rotweine
 Weinhandlung J. S. Rauch,
 Weinstraße 11, Ecke Köpenicker
 Straße, Berlin-Schöneberg.
 Große Auswahl an
 Rotweinen, etc.

Verkauf
 verschiedene Waren, etc.
 1. ...
 2. ...
 3. ...
 4. ...
 5. ...
 6. ...
 7. ...
 8. ...
 9. ...
 10. ...

Verkauf
 verschiedene Waren, etc.
 1. ...
 2. ...
 3. ...
 4. ...
 5. ...
 6. ...
 7. ...
 8. ...
 9. ...
 10. ...

Verkauf
 verschiedene Waren, etc.
 1. ...
 2. ...
 3. ...
 4. ...
 5. ...
 6. ...
 7. ...
 8. ...
 9. ...
 10. ...

Verkauf
 verschiedene Waren, etc.
 1. ...
 2. ...
 3. ...
 4. ...
 5. ...
 6. ...
 7. ...
 8. ...
 9. ...
 10. ...